

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Wertages. Abonnementpreis mit Illustr. Beilage „Woll u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufsp. 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46

Telefon { 905 nur Redaktion  
928 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achteckige Zeile oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 30 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Telefon { 926 nur Geschäftsstelle  
905 nur Redaktion

# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 38

Montag, 15. Februar 1926

33. Jahrgang

## Wer Geld hat, soll keine Steuern zahlen!

### Ober: Der Appetit kommt beim Essen

Die Bourgeoisie will sich das Steuerzahlen ganz abgewöhnen. Der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat eine schöne Besserung angedacht. Ob der Zweck seines Programms, durch umfangreiche Steuerermäßigung die Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu beschleunigen, erreicht wird, ist sehr zweifelhaft. Eins aber ist schon sicher, die Parteien sind mit den vorgeschlagenen Steuerermäßigungen keineswegs zufrieden. Es war von Anfang an vorzusehen, daß diese Vorschläge eine Lawine von Steueranträgen der Reichstagsparteien auslösen mußten. Diese Lawine ist inzwischen ins Rollen gekommen und zwar durch deutschnationalen Anträge. Ueber den deutschnationalen Antrag, der die fast völlige Befreiung der Landwirtschaft von der Einkommensteuer fordert, haben wir bereits berichtet. Inzwischen sind fünf neue Anträge hinzugekommen. Sie fordern:

Bei der Vermögenssteuer: Ermäßigung des Steuerfußes von 5 auf 3 vom Tausend, sowie Verdoppelung der Freigrenzen; bei der Erbschaftsteuer Ermäßigung der Steuerfußes auf die Hälfte; bei den Vorauszahlungen auf Einkommen- und Vermögenssteuer am 15. Februar: Stundung je zur Hälfte; außerdem keine Beiträube der Steuern aus dem Jahre 1923 mehr und schließlich Befreiung der Gewerbesteuer und Grundsteuer und statt dessen Erhebung eines Zuschlags zur Reichsvermögenssteuer durch Länder und Gemeinden.

Diese neuen deutschnationalen Anträge sind nicht weniger bescheiden als der Antrag auf Steuerbefreiung der Landwirtschaft.

Sie würden bei der Vermögenssteuer einen Ausfall von 200 Millionen, bei der Erbschaftsteuer von 30 Millionen, bei den Vorauszahlungen sogar 150 Millionen jährlich verursachen und bei der Niederzahlung von Rückständen aus 1923 etwa 20 Millionen. Der Gesamtausfall würde also jährlich 480 Millionen betragen, das ist mehr als ein Viertel der gesamten Besteuerung. Der Antrag auf Einsetzung der Beiträube für 1923 würde ferner die zahllosen Buchprüfungsverfahren, die zur Aufdeckung von Steuerhinterziehungen schweben, hinfällig machen und er würde ohnehin die endgültige Steuerbefreiung der Fürsten herbeiführen, die mit ihren Steuern rückständig sind. Die Erhebung eines Zuschlags zur Reichsvermögenssteuer durch Länder und Gemeinden unter Beseitigung der Realsteuern bezweckt eine weitere Steuerentlastung der Landwirtschaft und der Industrie dadurch, daß auch bewegliches Vermögen zur Landes- und Gemeindebesteuerung herangezogen wird.

Diese Anträge sind ohne jede sachliche Rücksicht rein auf ihre demagogische Wirkung abgestellt. Es sind Anträge in dem Stil, wie sie bisher nur von den Kommunisten eingebracht wurden. Aber die darin offenbarte Demagogie ist noch weit schamloser als die der Kommunisten. Denn mit diesen Anträgen schlagen die Deutschnationalen ihrer eigenen Steuerpolitik ins Gesicht, die sie im vorigen Jahre unter Herrn v. Schlieben betrieben haben. Obgleich sie für die Verschärfungspolitik des vergangenen Jahres allein verantwortlich sind, wollen sie jetzt eine Politik des schrankenlosen Defizits durchsetzen. Und sie tun das in demselben Augenblick, in dem sie nach außen die Steuerermäßigungspläne Dr. Reinholds kritisieren.

## Der Anschluß Österreichs und die französische Sozialdemokratie

Dr. Karl Renner, Wien

Genosse Renner antwortet hier dem Genossen Boncour, dem Vertreter Frankreichs beim Völkerverband, auf einen vielbeachteten Artikel, in dem Boncour ein Abflauen der Anschlußbewegung feststellen zu können glaubt.

Paul Boncour, der französische Sozialdemokrat, veröffentlicht in der Februarnummer der „Europäischen Revue“ einen Aufsatz über den Anschluß Österreichs an Deutschland. Stimmen aus diesem Lager über das Problem, das jeden Deutschen bewegt, sind selten; denn unsere französische Bruderpartei ist mit den inneren Aufgaben des eigenen Landes wahrhaftig übergenug beschäftigt. Es ist also nicht verwunderlich, daß die französische Sozialdemokratie zur österreichischen Anschlußfrage offiziell noch nicht Stellung genommen hat. Umso dankenswerter ist es, zu hören, wie ein führender Mann dieser Partei für seine Person denkt. Boncour sieht nach meiner Auffassung das Problem ganz ungeschicklich an. Er sagt:

„Man spricht in Österreich deutsch, man gehört der deutschen Rasse an.“ Diese Tatsachen werden hingestellt etwa so, wie man von den französischen Bewohnern von Kanada als Franzosen sprechen könnte. Die historische Wahrheit ist vielmehr: Seit 970 ist das heutige Österreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches und des späteren Deutschen Bundesstaates mit Ausnahme der kurzen Zeit von 1866 bis 1918. Es hatte sogar von 1438—1804, solange die Habsburger der Kaiser des Deutschen Reiches waren, die Führung Deutschlands inne. Man vergißt, daß also Wien durch viele Jahrhunderte die deutsche Kaiserstadt schlechweg war, wie Paris die Hauptstadt Frankreichs. Aber auch noch vom Jahre 1815 bis 1866 war Wien die erste Stadt Deutschlands, Österreich ein deutscher Bundesstaat und nichts weiter, die magyarischen, slawischen und italienischen Besitzungen waren zwar ein Stück der Hausmacht der Habsburger, aber kein Besitztum der deutschen Alpenländer; Wien und die deutschen Alpenländer haben sich mit Ausnahme der zweiten Hälfte der Regierung Franz Josefs I. nie als etwas anderes gefühlt denn als einen wesentlichen Teil Deutschlands.

Der Dreibund hatte Deutschösterreich und Deutschland einander nicht „näherzubringen“, als sie immer gewesen waren, wie Boncour meint; im Gegenteil, er wurde vor den Deutschen Österreichs nur als einseitiger schwacher Trost für die zwangs- und zeitweise Auscheidung Deutschösterreichs aus dem Reiche empfunden. Die Erinnerung von Sadowa, — meint Boncour, sei verwischt worden. Der Sachbeweis, daß in der französischen Öffentlichkeit die habsburgische Legende an Stelle der geschichtlichen Wahrheit getreten ist. Die Dynastie und ihr nächster Anhang von hohen Aristokraten und Kirchenfürsten, von Generalen und Bureaucraten hat allerdings Sadowa als harten Schlag empfunden, hat an Revanche für Sadowa gedacht — niemals so die Völker Österreichs, weder die österreichischen Deutschen, die auf die Einigung des Reiches stolz waren, wenn auch tief verletzt, einzuweisen außerhalb des Reiches bleiben zu müssen, noch die österreichischen Slawen, die von Sadowa erst recht die Aussicht ihrer eigenen Entwicklung zur Selbständigkeit herabsehen.

Die Franzosen kennen diese Dinge zumeist nicht und beurteilen sie darum so, wie es ihnen die Legende des Quai d'Orsay vorschreibt. Wenn Boncour meint, „es ist nicht erstaunlich, daß Österreich in seiner Not die Blicke nach Deutschland richtet“, so ist auch das nur in der äußeren Erscheinung des heutigen Tages richtig, in der Sache aber anders: Österreich konnte im November 1918 ganz und gar nicht wissen, wie seine Grenzen, wie seine Lage nach dem fast ein Jahr später geschlossenen Frieden sein werde; Österreich konnte ganz und gar nicht ermessen, bis zu welcher Torheit die Balkanisierungstendenzen der Friedensdiktatoren von St. Germain reichen werden, es hat j o n t a n, schon um die halboffene Verbindung mit den Magyaren und Slawen endgültig loszuwerden und allen Donaukonföderationsplänen eine vollzogene Tatsache entgegenzustellen, in der provisorischen Verfassung vom 12. November 1918 erklärt: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik“. Ueber den Sinn und die Absichten dieses Beschlusses kann ich unseren französischen Genossen als kompetenter Zeuge dienen: Ich war eben als Kanzler der Republik in entscheidender Weise dabei! Und ich war es gewesen, der, um den Weltfrieden zu retten, und ein lebensmögliches Kompromiß zwischen den Nationen herzustellen, vor dem Kriege für ein Großösterreich die Verfassung der nationalen Autonomie vertreten hatte; ich als sogenannter Großösterreicher habe, da nun der Krieg doch wider meinen Willen da war und entschieden hatte, diese Uebergangsversuche als erledigt erkannt und mich freimütig zur Natur der Dinge, zur Heimkehr eines der deutschesten aller deutschen Stämme

## Der Streit um die Völkerbundfrage

Diplomatische Aktion der deutschen Regierung

London, 15. Februar. (Radio.)

Der Londoner Sunday Express schreibt in seiner letzten Ausgabe: Herr Scharmer, der deutsche Botschafter in London wird die Empfindungen seiner Regierung Chamberlain Anfang dieser Woche übermitteln. Er wird vielleicht sogar zu verstehen geben, daß, wenn die Intrigen wegen der Ratifizierung werden sollen, Deutschland keine Stellung zum Völkerbund einer neuen Prüfung unterwerfen würde. Das könnte das Ende des Locarnoabkommens bedeuten.

Es ist richtig, daß die Reichsregierung wegen der Verteilung der Ratifizierung eine diplomatische Aktion plant, in deren Verlauf sowohl die französische Regierung wie auch Chamberlain über die Haltung Deutschlands unterrichtet werden sollen. Diese Aktion würde aber ihren Sinn verfehlen, wenn sie mit irgend welchen Drohungen verbunden wird. Es ist vielmehr anzunehmen, daß sie rein sachlichen Charakter hat.

Die englische Meinung für Deutschland

London, 15. Februar. (Radio.)

Der ausgezeichnet informierte Korrespondent des Observer stellt fest, daß die Forderung Polens und Spaniens nach einem Ratifizierung im Völkerbund überhaupt erst dann eine britische Zustimmung erhalten könne, wenn die Auffassungen nicht nur derjenigen Länder gehört werden, welche die Sitze fordern, sondern auch die Auffassung Frankreichs, Deutschlands, Schwedens, der Tschecho-Slowakei und Belgien. Wenn es soweit ist, werde Großbritannien seine Haltung durch Royalität gegenüber dem Geist von Locarno und auch durch das Versprechen, Deutschland zum vollen Status einer Großmacht zu verhelfen bekräftigen lassen. Im übrigen verweist der Korrespondent des Observer darauf, daß die Frage der Sitze Polens und Spaniens erst auf der Herbsttagung des Völkerbundes spruchreif sein könnte, da die nächste Völkerbundversammlung lediglich zu dem Zwecke der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund einberufen sei. Eine Aufrollung irgend einer anderen Frage, als die Aufnahme Deutschlands könnte die englische Regierung in eine schwierige Lage bringen.

## Deutschenverhaftungen in Oberschlesien

In Polnisch-Oberschlesien sind am Freitag und Sonnabend mehr als 30 Deutsche verhaftet worden, die angeblich an einer staatsfeindlichen Aktion gegen Polen beteiligt sind oder davon gewußt haben sollen. Den Verhaftungen ging eine stundenlange Hausdurchsuchung in den Räumen des Deutschen Volksbundes in Katowitz voraus. Auch in anderen Teilen von Polnisch-Oberschlesien erfolgten Hausdurchsuchungen. Sie sollen angeblich zur Aufbindung umfangreichen Materials geführt haben, aus dem sich die Vorbereitung einer staatsfeindlichen Aktion gegen Polen ergibt. Ein Teil der verhafteten Personen wurde inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung die Verhaftung der deutschen Staatsbürger zum Anlaß einer diplomatischen Aktion nehmen und für den Fall, daß die Beweise für die zur Verhaftung geführten Behauptungen nicht Richtig sind, die sofortige Haftentlassung fordern wird.

## Kulturelle Freiheit für die preussischen Dänen

Der neue Erlass

Das Preussische Staatsministerium hat, wie amtlich mitgeteilt wird, durch besonderen Erlass der dänischen Minderheit in den Grenzreisen der Provinz Schleswig-Holstein weitgehende Rechte auf dem Gebiete des Schulwesens gewährt. Während bisher nur in Flensburg eine öffentliche Volksschule mit dänischer Unterrichtssprache und eine Privatschule bestand, soll nunmehr das Bedürfnis für die Errichtung einer öffentlichen Volksschule in den Schulverbänden der Grenzreise Flensburg-Stadt, Flensburg-Land und Süd-Londern allgemein anerkannt werden. Voraussetzung ist, daß die Erziehungsberechtigten von wenigstens 25 schulpflichtigen Kindern einen Antrag stellen. Das Bedürfnis für die Errichtung privater Volksschulen für die dänische Minderheit soll bereits anerkannt werden, wenn ein Antrag für 10 schulpflichtige Kinder gestellt wird. In diesem Falle werden staatliche Zuschüsse gewährt. In den Minderheitsschulen soll der gesamte Unterricht in dänischer Sprache erteilt werden; Deutsch ist Unterrichtsfach. Der Minderheit steht es frei, Privatschulen einzurichten, die über das Ziel der Volksschule hinausführen. Auch hierfür können staatliche Zuschüsse gewährt werden.

Damit ist die in Schleswig-Holstein seit langem lebhaft umstrittene Frage, ob der dänischen Minderheit öffentliche oder private Schulen zu gewähren sind, vom Preussischen Staatsministerium dahin beantwortet, daß der Minderheit die volle kulturelle Freiheit eingeräumt ist, die eine oder die andere Schulart je nach den besonderen örtlichen Bedürfnissen zu wählen.

## Volksbegehren 4.—17. März

Berlin, 14. Februar.

Auf eine Anfrage des Ausschusses für Fürstenernennung erklärte Reichsinnenminister Dr. Kälz:

„Ich werde in der nächsten Kabinettsitzung, die Anfang nächster Woche stattfindet, den Antrag stellen, daß die Listen für das Volksbegehren vom 4. bis 17. März ausliegen werden.“

Die Kommunisten, die sich dieser Anfrage angeschlossen hatten, wendeten sich selbst wieder einmal einen großen Vorbertrag. Demgegenüber ist festzustellen, daß Gen. Weis bereits vor mehreren Tagen persönlich beim Reichsinnenminister vortrat, und auf Bescheinigung der Angelegenheit zu drängen. Daß jetzt endlich ein Termin festgelegt ist, ist wesentlich auf sein Eingreifen zurückzuführen. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß der ganze Streit, wer nun am allerüchsigsten ist, ziemlich müßig ist. Hauptfrage ist, daß jeder an seiner Stelle alle Kraft für den Sieg einsetzt. Die Kommunisten denken darüber anders, — Leidet













Das Alkoholverbot in Finnland

Die Wirkung des Spiritismuggels.

Die finnische Regierung hat in den letzten drei Jahren eine Enquete über die Wirkungen des Alkoholverbot...

Erheblich günstiger sieht das Bild bei der Arbeiterbeschäftigung aus. Mit Ausnahme einiger Fabrikenleiter...

Im allgemeinen ist die Wirkung des Verbots je nach den Landchaften und Gesellschaftsklassen verschieden.

bet. Gegenüber dieser Tatsache tritt auch die Zunahme des Trunks an sich zurück.

Da die Entwicklung sich künftig günstiger gestalten wird, hängt davon ab, wie weit es gelingen wird...

Wetterbericht der Deutschen Gewarte

Das Hochdruckgebiet, das gestern mit seinem Kern über 765 Millim. sich von Mittelland...

Schiffsnachrichten

- Angelommene Schiffe: D. Golland, Kapl. Ellertsd., von Karlshamn, Kallmeine, 2 Tg. D. Anse Hugo Stinnes, Kapl. Bumer, von Remel, Abbrack, 2 Tg.

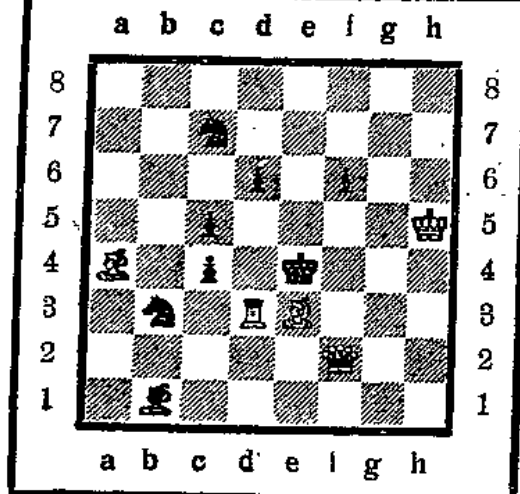
Arbeiter-Sport

Alle Zuhörer für diese Kabellied sind an den Sportigen. Montag, den 21. Februar. Registeispiele der Fußballpartie...

Sammler Schiebblätter zur Kenntnis, daß die alte Regel nicht mehr Anwendung gebracht wird...

Schach

Bearbeitet vom Lübecker Arbeiter-Schachklub, Untertrave 103 Aufgabe Nr. 36 (Neberl. Tydschr. 1924) von M. Havel Prag



Partie Nr. 21. Wiener Partie. Weiß: Spielmann e7-e5, Sb1-c3, f2-f4, f4xe5, Sg1-f3, Dd1-e2, Lf1-c2, g2-g3. Schwarz: Blamberg 10. Lc1-e5, Dd4xe6, Sc7-c6, Sc8xd5...

Jansen

Staatliche Lotterie-Einnahme 26./252. Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie 5. Klasse. Telegramme und tägliche Ziehungslisten liegen zur allgemeinen Einsichtnahme...

Hundfunk-Programm Hamburger Sender - Wellenlänge 895 Meter. 8.55 Uhr vorm.: Zeitangabe. 7 Uhr vorm.: Wetterbericht. 7.45 Uhr vorm.: fünf Minuten Regal und Unrecht.

Herrenartikel Gummimäntel Ernst Wehde Beckergrube 35

Reform Schuhreparatur- und Stepper-Größbetrieb Lederhandlung und Bedarfsartikel Robert Jentzen

Stempel-Fabrik Hanns Glajer GRAVIERANSTALT Huxstr. 16

Quitzaug & Roggenkamp Kohlen Koks Brkettis

Prima warmes Anheiter Bid. 50 Karl Labrtz

Lübecker Kaffee-Gesellschaft

Olga Maria Mayer Tochter des berühmten 'Kräutermayer', ist jeden Dienstag und Mittwoch...

Zigaretten Zigarren C. Wittfoot Ob. Huxstr. 18.

Ph. Scheidemann, M. d. R. Fürsten-Sabgier Die Forderungen der Fürsten an das notleidende Volk.

Leihhausversteigerung R. Bruhn und A. Bruhn

Milchkaffee Einbanddecken für Volk und Zeit

Das Aufwertungsgeleß Daschhandlung Lübecker Volksbote

Einbanddecken für Volk und Zeit in Ganzleinen. Preis 1.50

Ostern fällt sehr früh daher erbitte Preßhüte und Umarbeitungen baldigst Damenputz Eisleben

Einbanddecken für Volk und Zeit in Ganzleinen. Preis 1.50 Die Decken sind sehr geschmackvoll mit Titel- und Rückenprägung versehen.